

Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt



Niederschrift

32. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2019 - 2024

Sitzungstermin: Mittwoch, 18.10.2023
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 22:02 Uhr
Sitzungsort: Feuerwache Luckenwalde, Konferenzraum, Hermann-Henschel-Weg 112, 14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Peter Gruschka

Mitglieder-

Frau Dr. Anja Jürgen

Herr Norbert Jurtzik

Herr Andreas Krüger

Herr Carsten Nehues

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Herr Jochen Neumann

Herr Tom Ritter

Herr Erik Scheidler

Frau Nadine Walbrach

Sachkundige Einwohner-

Herr Ronny Springer

Frau Ina-Christin Wilke

Verwaltung-

Herr Torsten Dutschke

Herr Stephan Gruschwitz

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Herr Dirk Ullrich

Gast-

Herr Markus Lahr

Schriftführerin-

Frau Sonja Dirauf

bis 21:53 Uhr

bis 20:58 Uhr

Vertreter für Herrn Kirstein

Vertreter für Herrn Swik, bis
20:07 Uhr

ab 18:57 Uhr, bis 21:40 Uhr

Abwesend:

Mitglieder-

Herr Jörg Kirstein

Herr Harald-Albert Swik

Frau Karin Wegel
Sachkundige Einwohner-
Herr Ralf Eyssen
Herr Tankred Flach
Frau Corinna Herold
Herr Uwe Kuhlmei
Herr Christian Penzel
Frau Kerstin Reiter
Herr Rayk Riese

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.08.2023
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Luckenwalde 2040 – Prozess zur partizipativen Szenarioentwicklung und Entwicklung einer Roadmap - Informationen zum Arbeitsstand und zu weiteren Schritten
6. Luckenwalder Industrie- und Gewerbebrachen: Entwicklungsstand Oktober 2023
7. Beschlussvorlagen
 - 7.1. Fortschreibung Verkehrsentwicklungsplan 2030 B-7437/2023/1
 - 7.2. Antrag: Straßenbeleuchtung im kommenden Winter - Fraktion SPD/GRÜNE A-7073/2023
 - 7.3. Antrag: Wiederherstellung der vollständigen Straßenbeleuchtung - Fraktion FDP-LÖS A-7074/2023
 - 7.4. Antrag: Kletterrosenstadt Luckenwalde – Zügige Umsetzung der Maßnahmen K5, K6 und G7 des Klimaschutz- und Energiekonzeptes - Fraktion FDP-LÖS A-7075/2023
 - 7.5. Antrag: Behebung der Müllprobleme im Stadtgebiet - Fraktion FDP-LÖS A-7076/2023
 - 7.6. Antrag: Parkstreifen entlang der Straße des Friedens gegenüber dem Waldfriedhof - Fraktion FDP-LÖS A-7077/2023

- 7.7. Antrag: Nachpflanzung von Straßenbäumen - Fraktion FDP- A-7078/2023
LÖS
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern
9. Informationen der Verwaltung
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

11. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.08.2023
12. Feststellung der Tagesordnung
13. Anfragen von Ausschussmitgliedern
14. Informationen der Verwaltung
15. Informationen des Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Gruschka eröffnet die 32. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind neun Mitglieder anwesend.

Herr Neumann verlässt den Beratungsraum.

TOP 2. Einwohnerfragestunde

keine

TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.08.2023

keine

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

bestätigt

Herr Neumann kehrt in den Beratungsraum zurück.

TOP 5. Luckenwalde 2040 – Prozess zur partizipativen Szenarioentwicklung und Entwicklung einer Roadmap - Informationen zum Arbeitsstand und zu weiteren Schritten

Herr Lahr von der Hochschulpräsenzstelle informiert über den Arbeitsstand zum Projekt „Zukunft der Stadt Luckenwalde als Wirtschaftsstandort 2040“ (Anlage 1).

Herr Scheidler erscheint zum Ausschuss.

Auf Nachfrage von **Herrn Nehues** berichtet **Herr Lahr**, dass die Einladung zum nächsten Workshop Mitte November, in dem es um konkrete Handlungsempfehlungen gehen wird, voraussichtlich morgen verschickt wird.

Frau Walbrach bittet darum, den Bericht an die Niederschrift anzuhängen (Anlage 2).

TOP 6. Luckenwalder Industrie- und Gewerbebrachen: Entwicklungsstand Oktober 2023

Frau Herzog-von der Heide, Herr Gruschwitz und **Herr Dutschke** geben einen Entwicklungsstand der Luckenwalder Industrie- und Gewerbebrachen (Anlage 3).

Herr Nerlich fragt, ob die Bauruine am Eingang des Biotechnologieparks einen neuen Eigentümer habe, weil dort eine Werbeplane entfernt wurde.

Herr Gruschwitz verneint. Die sehr vagen Ideen des Eigentümers waren baurechtlich nicht umsetzbar.

Herr Ritter verlässt die Sitzung.

Herr Nehues kann nicht nachvollziehen, dass große Gewerbebrachen in annehmbarem Zustand leer bleiben und dennoch Grundsteuer gezahlt wird.

Herr Dutschke entgegnet, dass die Stadt vor allem außerhalb der Sanierungsgebiete keinerlei Handhabe hat und jeder Eigentümer natürlich selbst entscheiden kann, was mit dem Grundstück passiert. Vermutlich geht es dem ein oder anderen darum, Verluste abzuschreiben.

Auf Nachfrage von **Frau Walbrach** bestätigt **Frau Wilke**, dass die Fläche vor Luwal im Treuenbrietzener Tor nun ein Gartendenkmal ist, auch wenn das kaum nachvollziehbar sei.

Herr Nehues schlägt vor, an die Institution heranzutreten, die die Insolvenzverwalter bestellt.

Herr Dutschke berichtet, dass für die ehemalige Bowlingbahn am Haag ein Instandhaltungsgebot geprüft wird. Bürokratisch ist das aufwändig und die Stadt müsste in Vorleistung gehen.

Herr Jurtzik hält es für erfolgversprechend, dieses nur anzudrohen.

Frau Herzog-von der Heide ergänzt, dass das Hauptproblem in der Erschließung steckt. Die anliegenden Eigentümer wären bereit, ein Wegerecht einzuräumen, hätten dafür aber gerne eine Vergütung.

Frau Walbrach kann es nicht fassen, dass der Eigentümer der ehemaligen Kunsthalle dafür keinerlei Ideen oder Pläne hat und die Stadt keinen Kenntnisstand darüber.

Herr Dutschke berichtet, dass der Eigentümer wiederholt aufgefordert wurde, die Brandruine zu sichern, bislang ohne Erfolg. Den Bauzaun finanziert über eine Ersatzvornahme der Landkreis. Für das kleine, denkmalgeschützte Gebäude eine wirtschaftliche Nutzung zu finden, dürfte schwierig werden.

Herr Jurtzik bedankt sich für die Fleißarbeit der Verwaltung und fragt die CDU als antragstellende Fraktion, was mit diesen Ergebnissen geschehen soll.

Auch **Frau Walbrach** bedankt sich für die vielen Informationen, die nun in die Fraktionen und Netzwerke mitgenommen werden sollen. Bei etlichen Gebäuden besteht Einsturzgefahr und Stadtverwaltung und Stadtverordnete seien in der Pflicht und Verantwortung, dringend nötige Sicherungsmaßnahmen anzuschieben.

Herr Krüger verlässt die Sitzung.

Herr Nehues betont, der Vortrag habe viele Potenziale aufgezeigt.

Herr Jurtzik erinnert daran, dass die Stadt zwar Kontakt aufnehmen und Entwicklungen unterstützen kann, rechtlich aber keine Handhabe hat, da die Bauaufsicht im Landkreis zuständig ist.

Herr Neumann bittet Frau Walbrach darum, das Thema im Kreistag anzusprechen und schlägt vor, einen Mitarbeiter der Unteren Bauaufsicht in den Ausschuss einzuladen. Die Ruinen in der Beelitzer Straße stellen inzwischen auch ein abfallrechtliches Problem dar und die ehemalige Bowlingbahn ungesichert zu lassen, sei ein Beispiel für die ungenügende Arbeit der Unteren Bauaufsicht.

Herr Gruschka sieht darin auch ein Thema für den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und öffentliche Ordnung.

Frau Herzog-von der Heide bittet darum, die Großprojekte, die die Stadt mit enormen Summen und nach langer Zeit positiv entwickeln konnte, nicht zu vergessen.

Herr Dutschke erinnert an das Angebot von Herrn Mann, einen Referenten zum Thema städtebauliche Gebote, Baugesetzbuch § 177ff einzuladen.

TOP 7. Beschlussvorlagen

TOP 7.1. Fortschreibung Verkehrsentwicklungsplan 2030

B-
7437/2023/1

Herr Ullrich informiert über zwei Änderungen (Anlage 4). Von der Fichtestraße bis zur Fläming-Therme soll ein touristischer Radweg aufgenommen werden. Außerdem wird die geplante Verbindung vom Zapfholzweg bis zur Frankenfelder Chaussee ergänzt. Von den Fraktionen sind keine Hinweise eingegangen.

Herr Neumann ist weiterhin gegen den Ausbau der Verlängerung der Puschkinstraße über die Berliner Straße für LKW-Verkehr.

Frau Herzog-von der Heide bittet darum, mögliche Änderungsanträge frühzeitig einzureichen.

Frau Dr. Jürgen bittet um die textliche Ergänzung der zwei Änderungen und kritisiert, dass es kein Inhalts- und Abbildungsverzeichnis gibt. Einige noch offene Fragen wird sie erneut schicken.

Herr Nerlich fragt, wie der touristische Radweg eingefriedet werden muss.

Herr Ullrich antwortet, dass der genaue Verlauf noch nicht feststeht. Er geht davon aus, dass der Radweg am Rand des Solarfeldes entlangführt, das ohnehin eingezäunt wird.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes 2030 mit ihren vier Bestandteilen gemäß der Informationsvorlage I-7047/2023 vom 28.03.2023

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1
Zustimmung empfohlen

TOP 7.2. Antrag: Straßenbeleuchtung im kommenden Winter - A-7073/2023 Fraktion SPD/GRÜNE

Herr Neumann fragt, welche freiwillige Leistung zur Finanzierung des Antrags bei der derzeitigen Haushaltssituation gestrichen werden soll. Der Vorschlag der Stadtverwaltung sei besser gewesen, aber es wurde mehrheitlich die aktuelle Variante beschlossen.

Herr Jurtzik will mit dem Antrag dem Unmut in der Bevölkerung Rechnung tragen.

Frau Walbrach spricht sich gegen den SPD/Grüne-Antrag aus. Die Entscheidung damals sei schmerzlich und leider werde sie in der Bevölkerung nicht mitgetragen. Die Verwaltung habe versucht, den Beschluss gut umzusetzen, aber vielleicht müsse nachgebessert werden, um die Gefahrenschwerpunkte auszuleuchten.

Frau Herzog-von der Heide schlägt vor, sämtliche LED-Straßenlaternen, etwa 1.000 von insgesamt 3.100 Leuchten, wieder anzuschalten, weil diese sonst durch Kondenswasser Schaden nehmen. Für die nächsten vier bis fünf Jahre sollte man sich das ehrgeizige Ziel setzen, alle restlichen Straßenlaternen auf LED umzurüsten, was in Summe etwa eine Million Euro kosten würde. Dies wäre wirtschaftlich sinnvoll und nachhaltig. Die Verwaltung würde ein Konzept erarbeiten, um die Reihenfolge zur Umrüstung sinnvoll darzustellen. Andernfalls müsse der Beschluss durchgezogen werden. Es kann nicht bei jeder der unzähligen Beschwerden nachgebessert werden.

Herr Ullrich informiert, dass bis Mitte März, wenn ein Jahr seit der Abschaltung vergangen sein wird, die Einsparung etwa 140.000 Euro betragen wird, diese aber zu einem großen Teil die Strompreissteigerung abfängt. Über die weitere Entwicklung des Strompreises kann man nur spekulieren.

Herr Jurtzik hält an seinem Antrag fest. Es bestehe Gefahr für Leib und Leben. Er schlägt vor, die LED-Straßenlaternen zu dimmen.

Frau Dr. Jürgen betont, dass der Antrag ihrer Fraktion ähnlich ist, aber auf einer anderen Begründung aufbaut.

Herr Ullrich erläutert, dass die LED-Straßenlaternen über ein Wärmemanagement verfügen, das Schwitzwasserbildung verhindert, wenn sie in Betrieb sind. Sind die Laternen über längere Zeit aus, schädigt das Wasser auf Dauer die Elektrik und die Laternen müssten ersetzt werden. Etwa 150 bis 200 LED-Laternen sind derzeit ausgeschaltet. Dimmbar sind nicht viele davon.

Herr Nehues fordert eine konkrete Wirtschaftlichkeitsberechnung, um in der derzeitigen Haushaltslage einen Beschluss fassen zu können. Im vergangenen Jahr habe man sich aus guten Gründen für diese Lösung entschieden. Welche Kosten entstehen genau durch welche Variante? Wie stehen die Kosten im Verhältnis, wenn die LED-Laternen ausgetauscht werden müssen?

Herr Scheidler verlässt die Sitzung.

Frau Herzog-von der Heide kann den Vorschlag von FDP/LÖS nicht berechnen. Das Anschalten „nach und nach“ sei zu unkonkret.

Frau Dr. Jürgen zieht die Änderung ihres Antrages in Betracht. Die Formulierung „nach und nach“ könnte gestrichen werden.

Herr Ullrich informiert, dass die kleinen Leuchten 192 Euro, mit Leistung des Elektrikers 230 Euro kosten. Die mittleren Leuchten kosten 205 Euro, mit Elektriker 240 Euro. Die Leuchten, die im Hauptausschuss vergeben wurden, könnten von 22 bis 6 Uhr gedimmt werden. Sie ersetzen 50 Watt und brauchen lediglich 20,10 Watt. Die 70-Watt-Leuchten benötigen nach der Umrüstung 38,18 Watt und die 120-Watt-Leuchten lediglich 58 Watt. Man spart hier also 60 Watt pro Leuchte pro Stunde. Die bisherigen LED-Leuchten sind nicht dimmbar, benötigen aber nur 20 bis 25 Watt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung hebt ihren Beschluss (A-7064/2022), in Luckenwalde jede zweite Straßenlaterne auszuschalten, wie es in der vergangenen Winterperiode der Fall war, wieder auf.

Ja 2 Nein 4 Enthaltung 1

Zustimmung nicht empfohlen

TOP 7.3.

**Antrag: Wiederherstellung der vollständigen
Straßenbeleuchtung - Fraktion FDP-LÖS**

A-7074/2023

Frau Dr. Jürgen und **Herr Nerlich** ändern den Antrag folgendermaßen: Vor Straßenleuchten wird „LED“ ergänzt.

Es gehe darum, den Schaden an den Leuchten zu verhindern.

Frau Herzog-von der Heide schlägt anstelle von „nach und nach“ die Formulierung „unverzüglich“ oder, um keine falsche Botschaft zu vermitteln, „in diesem Winter“ vor.

Frau Walbrach hält es für wichtig, die Bürger über die Hintergründe des neuen Beschlusses zu informieren.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1) Die aktuell abgeschalteten Straßenleuchten werden nach und nach, jedoch in absehbarer Zeit, wieder eingeschaltet.
- 2) Die Dimmung der dimmbaren Leuchten bleibt bestehen.

Ja 2 Nein 0 Enthaltung 5
geändert empfohlen

Herr Gruschka schlägt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit vor, die Tagesordnungspunkte 7.4. bis 7.7. in den Novemberausschuss zu verschieben.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Herr Jurtzik verlässt die Sitzung.

Auf Hinweis von **Frau Walbrach** sagt **Frau Herzog-von der Heide** bis dahin Stellungnahmen der Verwaltung zu.

TOP 7.4. Antrag: Kletterrosenstadt Luckenwalde – Zügige A-7075/2023
Umsetzung der Maßnahmen K5, K6 und G7 des
Klimaschutz- und Energiekonzeptes - Fraktion FDP-
LÖS

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1) Die Stadtverwaltung startet eine Roseninitiative zur Begrünung von städtischen und privaten Fassaden mit Kletterrosen. Die Roseninitiative beinhaltet:
Bekanntmachung der städtischen Roseninitiative,
Anpflanzung von Kletterrosen an den Fassaden städtischer Gebäude, z. B. am Rathaus, am Tiefbauamt, am Museum, an Markt 12a und an der Feuerwache.
- 2) Die Stadtverwaltung stellt jährlich 5000 € für die Förderung von Fassadenbegrünung bereit (maximal 100 € pro Pflanzung und Rankhilfe), ruft die Bevölkerung zu Fassadenbegrünungsmaßnahmen auf und unterstützt die Hauseigentümer durch Entfernung von Pflaster am Haus und Hilfestellung bei der Installation von Rankgittern oder Drahtseilen als Kletterhilfe.
- 3) Die Stadtverwaltung entwickelt Informationsmaterial (Flyer) über die Möglichkeiten, Kletterrosen anzupflanzen.
- 4) Die Stadtverwaltung prüft die Begrünung von Straßenleuchten mit Kletterpflanzen (oder mit „Hängeampeln“) und startet 2024 ein Pilotprojekt an 10 Straßenleuchten.
- 5) Die Stadt führt alljährlich einen Wettbewerb „die schönste Fassadenbegrünung“ durch und prämiert die Gewinnerin oder den Gewinner mit einer Rankpflanze.

verwiesen in Ausschuss

TOP 7.5. Antrag: Behebung der Müllprobleme im Stadtgebiet - A-7076/2023
Fraktion FDP-LÖS

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1) Vor Mäharbeiten städtischer Rasenflächen (auch entlang von Gehwegen) muss herumliegender Müll eingesammelt werden.

- 2) Sollten Subunternehmen mit den Mäharbeiten betraut sein, muss in die entsprechenden Verträge mit sofortiger Wirkung die Aufgabe des vorherigen Mülleinsammelns mit aufgenommen werden.
- 3) Die Einrichtung einer regelmäßigen Müllstreife im Stadtgebiet, zu Fuß bzw. mit Lastenrad, wird vorangetrieben.
- 4) Illegale Müllhalden und vermüllte Plätze werden erfasst und die Räumung und Säuberung schrittweise durchgeführt.

verwiesen in Ausschuss

TOP 7.6. Antrag: Parkstreifen entlang der Straße des Friedens gegenüber dem Waldfriedhof - Fraktion FDP-LÖS A-7077/2023

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1) Entlang der Straße des Friedens gegenüber dem Waldfriedhof bis auf Höhe des Werner-Seelenbinder-Stadions wird ein versickerungsfähiger Parkstreifen geschaffen.
- 2) Die Baumaßnahme erfolgt unter Berücksichtigung des vorhandenen Baumbestands und dessen Einbeziehung in die Bauplanung.

verwiesen in Ausschuss

TOP 7.7. Antrag: Nachpflanzung von Straßenbäumen - Fraktion FDP-LÖS A-7078/2023

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1) Baumlücken entlang städtischer Straßen sind zeitnah zu ersetzen.
- 2) Pro Haushaltsjahr werden mindestens zehn neu zu pflanzende Straßenbäume vorgesehen. Dieses Vorgehen wird mit dem Haushaltsjahr 2024 begonnen.
- 3) Es wird eine Karte mit Standorten möglicher zusätzlicher Straßenbäume erarbeitet.
- 4) Bei den vorhandenen und zusätzlich identifizierten Standorten für Straßenbäume wird geprüft, inwieweit zusätzliche Fläche entsiegelt werden kann, um einen für das Gedeihen der Bäume größtmöglichen Raum zur Verfügung zu stellen.
- 5) An heißen Tagen muss eine Möglichkeit geschaffen werden, im gesamten Stadtgebiet Straßenbäume ausreichend zu wässern.

verwiesen in Ausschuss

TOP 8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

keine

TOP 9. Informationen der Verwaltung

keine

TOP 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Um 21:57 Uhr wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Peter Gruschka
Vorsitzender

Sonja Dirauf
Schriftführerin

13.10 24 31 00